

# Die Geschichte einer Initiative und ihre Folgen : Mutterschaftsversicherung

Autor(en): **rhu**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **4 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358732>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Geschichte einer Initiative und ihre Folgen

# MUTTERSCHAFTS- VERSICHERUNG

(rhu) In der Dezember-Nummer der 'Emanzipation' haben wir im Artikel "Frauen gemeinsam ..." über den aktuellen Stand der Verhandlung zur Lancierung einer gemeinsamen Mutterschutz-Initiative resp. über die anstehenden Schwierigkeiten, eine solche gemeinsame Initiative zustande zu bringen, informiert.

Da meiner Meinung nach die Verhandlungen an einen gefährlichen Punkt gelangt sind – alle interessieren sich für die Initiative und alle sagen, sie können nur mitlancieren, wenn alle ändern auch mitlancieren – scheint es mir an der Zeit, über die bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit verschiedensten Frauenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften nachzudenken. Die OFRA ist nach wie vor der Meinung, dass eine Volksinitiative gestartet werden muss, wenn wir in der Schweiz die Verbesserungen auf dem Gebiete des Mutterschutzes wirksam vorantreiben wollen. Denn eine Volksinitiative ist – neben allen parlamentarischen Vorstössen, die ein Volksbegehren unterstützen können – immer noch das wirksame Mittel, einem Postulat Gehör zu verschaffen und Konsequenzen zu provozieren. Im neuen Jahr wollen wir mit neuem Elan an die 'Geburtshilfe' für die Mutterschaftsversicherungs-Initiative gehen. Wenn sich auch die interessierten Organisationen nicht in der erwünschten Frist einigen konnten auf ein gemeinsames Vorgehen: Aufgeben wird die OFRA sicher nicht. Wenn Frauen gemeinsam noch nicht stark sind – so sollen sie es werden.

## Was haben die Verhandlungen gebracht?

An der ersten Besprechung, die Ende August stattfand, und an der bereits schon ein breites Spektrum von Frauenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften anwesend waren, wurde von allen Anwesenden das Interesse an einer eidg. Volksinitiative für einen wirksamen Mutterschutz bekundet. Diskutiert wurde an dieser ersten Sitzung vor allem die Frage des bezahlten oder unbezahlten Elternurlaubs. Bekanntlich war dieser Diskussion eine Pressekampagne der Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) vorangegangen, in deren "Fragen an die OFRA" vorgeworfen wurde, ein unbezahltes Elternjahr sei unsozial, resp. die Gewerkschaften könnten sich unter dieser Voraussetzung nie für eine Mutterschutz-Initiative einsetzen. Die Verhandlungsdelegation der OFRA beharrte allerdings nicht auf diesem Punkt, sondern tonte an – vorbehaltlich der Diskussion in ihren Organen – dass eine offene Formulierung bezüglich Länge und Bezahlung des Elternurlaubs vorzuziehen wäre.

An der zweiten Sitzung einigten sich die anwesenden Organisationen darauf, bis anfangs Dezember angeben zu können, unter welchen Rahmenbedingungen für sie eine Mitlancierung in Frage käme. Die "Vernehmlassungen" zum Textvorschlag der OFRA wurden von dieser an alle Verbände verschickt, damit an der dritten Besprechung vom 1. Dezember 1977 eine fundierte Diskussion und ein überlegtes weiteres Vorgehen zustande käme.



An der dritten Sitzung wurde eigentlich zum ersten Mal wirklich inhaltlich über den Text der Initiative diskutiert. Aufgrund der Vernehmlassungen und der Diskussionsvoten kristallisierten sich zwei "Hauptauseinandersetzungspunkte" heraus: die Frage des bezahlten oder unbezahlten Elternurlaubs (für einen bezahlten v.a. FBB, RML, für eine offene Formulierung OFRA, SP, SGB) sowie diejenige der Finanzierung der Mutterschaftsversicherung über Lohnprozente und Prämien. Klare Bedingungen der Mitlancierung wurden von den beteiligten Organisationen allerdings nicht gestellt. Der von fast allen Organisationen geäusserte Satz "Wir machen natürlich nur mit, wenn alle anderen auch mitmachen..." liess das konkrete weitere Vorgehen etwas in der Luft hängen. Zudem wurde von verschiedener Seite immer wieder gesagt, es sei eventuell klüger, billiger und wirksamer, die Ergebnisse der hängigen parlamentarischen Vorstösse zur Frage des Mutterschutzes abzuwarten.

## Was bringen die parlamentarischen Vorstösse?

Neben den Vorstössen v.a. der SP-Fraktion und der Schwangerschaftskommission, die im Nationalrat schon früher Verbesserungen des Mutterschutzes verlangten, sind in kürzester Zeit wieder eine Motion und eine Einzelinitiative eingereicht worden:

- Kurz nach der Ablehnung der Fristenlösung im September 77 reichte Josi Meier (CVP) eine Motion betreffend Ausbau des Mutterschutzes und der Familienzulagen ein. Ungefähr gleichzeitig verabschiedete der CNG-Kongress (Christlichnationaler Gewerkschaftsbund) eine familienpolitische Resolution und setzte eine Kommission ein, die Vorstösse im Zusammenhang mit Mutterschutz prüfen soll.
- Im Dezember 77 reichte die SP-Nationalrätin Gabrielle Nanchen eine parlamenta-

rische Einzelinitiative in Form einer allgemeinen Anregung ein, die neben den Forderungen, die aus dem Initiativtext der OFRA bekannt sind, die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung der Frauen bei der Mutterschaft sowie die Schaffung eines eidg. Familienzulagensystems verlangt.

Dass auf möglichst allen Ebenen versucht wird, dem Postulat nach Ausbau des Mutterschutzes Nachdruck zu verleihen, ist ausgesprochen erfreulich. Sicher wäre es aber falsch, zu meinen, diese parlamentarischen Vorstösse würden eine Volksinitiative erübrigen. Bekanntlich ist das Gewicht von Motionen und Einzelinitiativen – v.a. wenn sie nur in Form einer "allgemeinen Anregung" eingereicht werden, viel geringer als dasjenige einer formulierten Verfassungsinitiative. Im Gegenteil: parlamentarische Vorstösse zu ähnlichen oder gleichen Problemen eignen sich ausgesprochen, das Anliegen einer Volksinitiative zu unterstützen und in der parlamentarischen Beratung voranzutreiben. Parlamentarische Einzelinitiativen unterliegen in einem ganz besonderen Masse der "parlamentarischen Bürokratie". Den Marathon einer Einzelinitiative hier im Einzelnen zu skizzieren würde zu weit führen. Jedenfalls geht es in der Regel nach Auskunft der Bundeskanzlei 9-12 Jahre, bis eine parlamentarische Einzelinitiative überhaupt irgendeinen "Erfolg" oder Teilerfolg erzielt!

## Wie weiter?

In dieser Situation scheint es mir klar, die Bemühungen für das Zustandekommen einer von möglichst vielen Frauenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften getragenen Initiative für eine Mutterschaftsversicherung weiterführen zu müssen. An der letzten gemeinsamen Sitzung vom Dezember wurde beschlossen, einen Ausschuss zu bilden, der die Textbereinigung sowie die weiteren Verhandlungen organisiert. Es ist zu hoffen, dass in diesem Ausschuss die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen gut funktionieren und auch effektiv ihre Konsequenzen haben wird. Die Gefahr, dass die Verhandlungen um die Lancierung der gemeinsamen Initiative versanden, ist gross. Auf der relativ unverbindlichen Ebene wie jetzt und vor allem wenn die verschiedenen Organisationen immer zögernd und ängstlich auf alle anderen blicken, kann noch Jahre verhandelt werden. Es ist zu hoffen, dass die Frauenverbände und die Frauen der Parteien und Gewerkschaften den Schritt wagen und JA sagen zu einer Initiative, die doch ein unbestrittenes altes Postulat der Frauenbewegung aufnimmt. Sicher braucht dieser Schritt Mut: Mut gegenüber den Männern der Parteien und Gewerkschaften, ein für uns Frauen wichtiges Anliegen durchzusetzen, Mut auch allen parteiideologischen Differenzen zum Trotz als Frauen gemeinsam hinter einer Sache zu stehen. Aber gerade deshalb sollten wir diesen Mut aufbringen!